

## [Transcript] Echo der Zeit / «Horizon Europe»: Grossbritannien wieder dabei

Radio-SRF, Echore Zeit mit Matthias Kündig.

Und das beschäftigt uns am Donnerstag, dem 7. September.

Großbritannien darf wieder vollständig mitmachen beim EU-Forschungsprogramm Horizon Europe. Was heißt das für die Schweiz?

Ich denke, wir werden es merken, weil die Briten sich jetzt fokussieren werden auf die Teilnahme in Horizon Europe,

wo wir komplett ausgeschlossen sind und wir damit wieder isoliert und alleine dastehen.

Sagt Michael Schäbmann, Direktor der Universität Zürich.

Dann, Russland führt auch in den besetzten und umkämpften Gebieten in der Ukraine lokal wahlen durch.

Wir fragen nach der Situation der Bevölkerung und der russische Besatzung.

Nach den angekündigten Preiserhöhungen beim Strom wird wieder über eine vollständige Liberalisierung des Schweizer Strommarktes diskutiert.

Wir schauen auf die Argumente von Befürwortern und Gegnerinnen.

Und mehr Natur und weniger Landwirtschaft.

Das fordern Schweizer Naturschutzverbände für das grosse Mos im Dreiseenland.

Jetzt zeigt vor Ort, dass die Umsetzung dieser Forderung nicht ganz einfach ist.

Und jetzt wollen wir einfach mit Unkenntnis sagen im Aufgrund der Gebiete, die wir hier arbeiten, wie wir hier arbeiten, alles drum und dran, was wir zu uns sagen können, was wir machen müssen.

Sagt Gemüsebauer Thomas Wissah.

In mich oder Zeit?

Wir beginnen heute mit Patrick Walther.

Er hat die Nachrichten über sich des Tages und die beginnt mit Schweizer Politik.

Im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen müssen Parteien, Organisationen und Kandidierende erstmals offenlegen,

wenn sie Kampagnenbüches von über 50.000 Franken haben.

Heute ist die Frist dazu abgelaufen.

Noch sind aber nicht alle Wahlkampfbüches einsehbar.

Die Zahlen werden nun laufend veröffentlicht auf einer Webseite der eidgenössischen Finanzkontrolle.

Zumindest von einigen nationalen Parteien sind die Zahlen aber bereits bekannt.

Die Mieter schreibt, dass 2,1 Millionen Franken in ihren Wahlkampf fließen.

Bei der SP sind es 1,7 Millionen Franken.

Die Grünen rechnen mit 1,3 Millionen.

Die Post will zusätzliches Geld einsparen und zwar voraussichtlich rund 42 Millionen Franken.

Da schreibt die Post auf Anfrage von Radio SRF und bestätigt damit Angaben des Blickes.

Die Post rechnet damit, auch Stellen abbauen zu müssen.

Wie viele Mitarbeitende betroffen sein werden, lässt sie offen.

Erst bis Ende Jahr würden konkrete Maßnahmen ausgearbeitet.

Das Unternehmen begründet die Sparmaßnahmen mit der Teuerung und der getrüben Konsumentenstimmung.

In der Schweiz ist die arbeitslosen Quote im August leicht gestiegen von 1,9 auf 2 Prozent.

Das teilt der Staatssekretariat für Wirtschaftssecu mit.

Demnach waren im August knapp 90.000 Personen bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren

als arbeitslos gemeldet.

Das sind rund 2.300 Personen mehr als in Juli.

In den Städten Zürich und Winterthur können vorläufig keine Mindestlöhne eingeführt werden, obwohl schon das Stimmvolk diese beschlossen hat.

Wie die beiden Städte mitteilen, führen Rekurse von Arbeitgeberverbänden zu Verzögerungen.

Möglich ist, dass die Mindestlöhne bis vor Bundesgericht angefochten werden.

Im Juni hatten die Stimmberechtigten in Winterthur einen Mindestlohn von 23 Franken beschlossen, in Zürich von 23 Franken 90.

In Sausland, nach den starken Regenfällen, bleibt die Lage in Mittelgriechenland angespannt.

Jetzt hat die Regierung die Armee zur Unterstützung in das betroffene Gebiet geschickt.

Das Militär soll etwa mit schwerem Gerät helfen oder Hilfsbrücken errichten,

damit Rettungskräfte zu den abgeschnittenen Dörfern vordringen können.

Seit gestern Abend ist die wichtigste Autobahn zwischen Athen und Thessaloniki auf rund 200 Kilometern gesperrt.

Die Zahl der Todesopfer ist auf mindestens vier gestiegen.

Laut Meteorologen sollen die Regenfälle im Verlauf des Abends aufhören.

Starkregen hat er am Dienstag auch in der Türkei für Überschwemmungen gesorgt.

Dort ist die Zahl der Todesopfer auf acht gestiegen.

Das Verteidigungsbündnis NATO hat keine Hinweise darauf,

dass Russland einen gezielten Drohnenangriff auf Rumänien geflogen hat.

Das sagt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Man warte aber noch auf weitere Ergebnisse der Ermittlungen.

Die Ukraine hat am Montag gesagt,

bei einem Angriff auf einen ihrer Donauhäfen seien auf der rumänischen Seite der Donau Drohnen detoniert.

Rumänien verneinte das zunächst, bestätigte aber später,

es seien Teile gefunden worden, die von einer Drohne stammen könnten.

In Europa wird das Wasser knapper und es gibt mehr Dürre.

Grund dafür ist aber nicht nur der Klimawandel, sagt ein Bericht der Umweltschutzorganisation WWF,

Schulzeit vor allem ein jahrzehntelanges Missmanagement in der Wassernutzung.

Konkret heißt das, in praktisch allen europäischen Ländern seien Feuchtgebiete trocken gelegt worden,

Flüsse begradigt oder gestaut.

Darum könne die Natur, Dürren, Hezewellen oder auch Überschwemmungen weniger gut selber bewältigen, so der WWF.

Nun die Börsendaten von 18.05 geliefert von 6.

Der Swiss Market Index schließt bei 10.993 Punkten plus 0,6 Prozent.

Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,1 Prozent,

der Euro wird zu 95°56 gehandelt, der Dollar zu 89°27.

Und es bleibt noch der Blick aufs Wetter, Patrick Walter.

Heute Abend und auch morgen scheint weiter in die Sonne.

Lokaler Morgennebel löst sich schnell auf.

Dazu bleibt es ausgesprochen warm mit 27 bis 30 Grad.

## [Transcript] Echo der Zeit / «Horizon Europe»: Grossbritannien wieder dabei

Großes Aufatmen in der britischen Wissenschaft.

Großbritannien ist seit heute wieder Teil des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon Europe.

Das bedeutet, britische Forscherinnen und Forscher können wieder Forschungsgelder beantragen und an EU-Forschungsprogrammen teilnehmen.

Im Gegenzug zahlt London künftig rund 2,6 Milliarden Franken pro Jahr, um bei Horizon Europe mitmachen zu können, so wie ein Kompernikus, dem Erdbeobachtungsprogramm der EU.

Im Zuge des Brexit war Großbritannien von diesen Programmen ausgeschlossen worden. Aus London Patrick Wülse.

Die britische Wissenschaft ins Abseits zu manövrieren war nie das Ziel des Brexit.

Es war eher ein Kollateralschaden.

Die assoziierte Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs mit dem EU-Forschungsprogramm Horizon war Teil des Scheidungsabkommens.

Das Großbritannien am Ende doch, wenn gut zwei Jahre aus dem hundertmilliarden Prestigeprogramm der EU ausgeschlossen wurde, war eine Folge des Hin- und Heres um das Nordirland-Protokoll.

Nämlich um die Frage, wie Waren von und nach Nordirland zirkulieren dürfen.

Anfang dieses Jahres unterzeichnete Premier-Minister Sunak zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Winter Agreement.

Ein Abkommen, mit dem die meisten dieser Unstimmigkeiten aus dem Weg geräumt wurden.

Das erleichtert nicht nur den Warenverkehr zwischen Nordirland und Großbritannien, sondern schuf insbesondere auch neues Vertrauen zwischen London und Brüssel.

Die Verhandlungen über eine erneute Mitgliedschaft bei Horizon wurden wieder beliebt.

In den vergangenen Monaten seien die Modalitäten ausgehandelt worden.

Und nun habe man sich gefunden, verkündete heute Bildungs- und Forschungsministerin Michelle Donald.

Heute haben wir mit dem neuen Vertrag mit dem EU-Forschungsprogramm einen enorm wichtigen Durchbruch geschafft.

Britische Forscherinnen und Forscher sind wieder Teil des EU-Flaggschiff-Forschungsprogramms. Wissenschaft ist eine globale Angelegenheit, egal ob Krebsforschung, die Suche nach neuen Medikamenten

oder die Bekämpfung des Klimawandels.

Fortan sind wir wieder Teil dieser Gemeinschaft, deren Forschungsprojekte regelmäßig zu neuen, grundlegenden Erkenntnissen führen.

Mit dem Abkommen sei der Weg für Großbritannien geibnet, zur wissenschaftlichen Weltmacht zu werden.

Ein bisschen weniger euphorisch zeigt sich die Opposition.

Das Abkommen sei erfreulich, aber komme für viele Forscherinnen und Forscher zwei Jahre zu spät. Diese atmen aber erst einmal auf.

Der Präsident der Royal Society nannte das Abkommen eine unendliche Erleichterung und dankte Premier-Minister Sunak.

Dieser war zwar stets ein überzeugter Anhänger des Brexit.

Im Unterschied zu seinen Vorgängen, Liz Truss und Boris Johnson, zeigt Rishi Sunak aber immer,

## [Transcript] Echo der Zeit / «Horizon Europe»: Grossbritannien wieder dabei

dass er im Umgang mit Brüssel die Kooperation der Konfrontation fortsieht.

Dass sich London und Brüssel nun geeinigt haben, das ist in der Schweiz ganz genau registriert und beobachtet worden.

Denn auch die Schweiz möchte rasch möglichst wieder vollständig mitmachen bei diesem größten Forschungsprogramm der Welt.

Denn nachdem der Bundesrat das Rahmenabkommen vor über zwei Jahren versenkt hatte, beendete die EU die sogenannte Vollasozizierung der Schweiz.

Seitdem hat sie den Status eines nicht-assoziierten Drittlandes.

Aus dem Bundeshaus Oliver Washington.

Es gibt Leute in der Schweiz, die freuen sich richtig, dass sich London und Brüssel geeinigt haben.

Zum Beispiel Michael Hengardner, der Präsident des ETH Rates.

Ich bin sehr froh für Grossbritannien, sehr froh für die Europäische Union, dass die Grossbritannien assoziiert sind.

Das ist eine gute Nachricht, sowohl für die britische Wissenschaft, als auch für die kontinentale europäische Wissenschaft.

Es ist gut für Europa.

Oder auch Michael Schäppmann, Rektor der Universität Zürich.

Zuerst möchte ich der britischen Regierung und meinen Kolleginnen und Kollegen in Grossbritannien ganz herzlich gratulieren zu diesem Erfolg.

Wir schauen mit Hochachtung auf diesen Verhandlungserfolg.

Michael Schäppmann kennt die Einigung zwischen Grossbritannien und der EU in Detail.

Er hat die Verhandlungen über seine Kontakte zu britischen Universitäten eng verfolgt.

London habe exzellent verhandelt, sagt er.

Die britische Regierung habe innert kürzester Zeit und zu sehr vorteilhaften Bedingungen eine Teilnahme beim EU-Forschungsprogramm Horizon und beim Erdbeobachtungsprogramm Copernicus ausgehandelt.

Inhaltlich ist natürlich der Erfolg, dass die britische Regierung bereits heute aufgerufen hat, dass die britischen Forscherinnen und Forscher sofort Proposal einreichen können mit höchster Sicherheit.

Der Beitritt erfolgt auf den 1. Januar 2024, aber man kann heute eigentlich sich schon vorbereiten und loslegen.

Eigentlich beschlossen auch die Schweiz und Grossbritannien vor Monaten bereits, die bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren, weil beide keinen vollen Zugang zu den EU-Programmen hatten.

So groß die Freude nun ist, dass Grossbritannien eine Einigung mit der EU erzielte, Michael Shepman befürchtet, negative Konsequenzen für die Schweiz.

Ich denke, wir werden es merken, weil die Briten sich jetzt fokussieren werden auf die Teilnahme in Horizon Europe-Projekten, wo wir größtenteils komplett ausgeschlossen sind und wir damit wieder isoliert und alleine dastehen.

Die Schweiz dürfte noch einsamer werden, oder wie es sein Kollege Michael Hengartner vom ETH-Rat formuliert.

Sie macht einfach die Position der Schweiz jetzt noch spezieller,

weil die jetzt wirklich das einzige Land, das in Mitte von Europa ist, das jetzt nicht da assoziiert ist.

Es zeigt aber auch nochmals, dass, wenn ein Willen da ist, ein Weg gefunden werden kann.

Gegenüber Großbritannien hat sich die EU bewegt.

Die Frage ist also, bewegt sie sich auch gegenüber der Schweiz?

Angesprochen ist Petrus Mafromichalis, der EU-Botschafterin Bern.

Er sagt, die EU möchte die Schweizer Unis gerne wieder teilnehmen lassen.

Und eigentlich seien die Voraussetzungen dafür auch schon lange klar, sagt er und verweist auf die laufenden Sondierungsgespräche über die zahlreichen offenen Streitpunkte zwischen Bern und Brüssel.

Ein positives Ergebnis der laufenden Sondierungsgespräche und ein klares politisches Bekenntnis zur Lösung der offenen strukturellen Fragen in unseren Beziehungen wird auch den Weg für Verhandlungen über die vollständige Assoziierung an das Programm Horizon und andere Programme ermöglichen.

Heißt, der allgemeine politische Wille des Bundesrates vorwärtszumachen ist entscheidend für die Aufnahme von Verhandlungen auch bei Horizon.

Doch der Bundesrat gibt sich zugeknüpft. Bis zu einer Einigung kann es also dauern, obwohl das zuständige Staatssekretariat gerne vorwärts machen will, wie es schriftlich mithält.

Die Wissenschaft ihresheitsbefürchtet, dass mit weiteren Verzögerungen der Standort Schweiz sukzessive und schleichend an Attraktivität einbüßt.

Sie hören das echere Zeit auf Radio SRF mit diesen weiteren Themen.

Die Lokalwahlen in den russisch besetzten Gebieten in der Ukraine.

Die Wagnerkämpfer, die als Strafgefangene rekrutiert wurden und nach ihrer Rückkehr wieder Morden und Rauben.

Die Debatte um die Strommarktliberalisierung in der Schweiz und ob eine solche für tiefere Strompreise sorgen würde.

Die Vision der Naturschutzverbände für das große Moos und was die dortigen Bauern davon halten

und das Weglagen im deutschen Sport

und die Frage nach den Gründen für ausbleibende sportliche Erfolge in unserem Nachbarland.

Am kommenden Sonntag wird in Russland gewählt.

Konkret werden die Abgeordneten für die Regionalparlamente und Gemeindevertreter bestimmt.

Diese Wahlen finden aber auch in der Ukraine,

in denen von Russland besetzten

und völkerrechtswidrig annektierten Gebieten stand.

Also in Gebieten, in denen derzeit gekämpft wird.

Darüber spreche ich jetzt mit Auslandredaktor David Nauer, der für RadioSRF aus und über die Ukraine berichtet.

David Nauer, die vorzeitige Stimmabgabe,

ist an verschiedenen Orten in den besetzten Gebieten bereits möglich.

Was ist bekannt darüber, wie diese Wahlen durchgeführt werden?

In russischen Staatsmedien wird der Ohrengang dargestellt, wie eine ordentliche Wahl.

Es gibt Wahllokale, man kann frühzeitig die Stimme abholen.

Man kann die Stimme abholen,

es gibt Parteilisten,

es gibt auch mobile Wahlteams,  
die in Front neue Gebiete fahren,  
um dort Stimmen einzusammeln.  
Der Kreml bemüht sich, den Anschein zu erwecken.  
Es handelt sich hier um eine richtige Wahl.  
Aber werden die elementaren Regeln einer Führen  
und freien Wahl tatsächlich angehalten?  
Nein, eigentlich kann man nicht einmal von einer Wahl sprechen.  
Das Ganze ist eher die Imitation.  
Eine Wahl, die den russischen Herrschaftsanspruch  
in den besetzten Gebieten legitimieren soll.  
Russland darf ja nach internationalem Recht  
in den besetzten Gebieten gar keine Wahlen abhalten.  
Und zu dem kontrolliert Russland große Teile  
der betroffenen ukrainischen Oblasts,  
also der betroffenen Verwaltungseinheiten, gar nicht.  
In Kherson und Sabarische etwa stehen die Oblast-Hauptstädte  
unter ukrainische Kontrolle, trotzdem wird dort gewählt.  
Kommt hinzu, dass viele Menschen aus den besetzten Gebieten  
gefloren sind.  
Und das sind auch noch einige Gründe dafür,  
warum diese Wahlen in Anführungszeichen  
nichts mit einer echten Wahl zu tun haben.  
Ist das nicht bekannt, wer sich in den besetzten Gebieten  
zur Wahl stellt?  
Es gibt offiziellen Angaben zufolge einige Tausend Kandidierende  
für diese Lokalwahlen.  
Darunter sind lokale Bewohnerinnen und Bewohner,  
die sich zu einer Zusammenarbeit mit den Besatzern entschieden haben.  
Auf den Lissen stehen aber auch Russen,  
also russische Staatsbürger, die eigentlich nichts mit diesen Regionen zu tun haben.  
Ziel dieser sogenannten Wahl ist es,  
unter anderem lokale Parlamente zu bestimmen,  
die dann die Gebietschefs, also die Gouverneure, wählen.  
Allerdings ist jetzt schon klar, wer diese Gebietschefs werden.  
Es sind ukrainische Kollaborateure, die vom Kreml bereits  
an Interim eingesetzt wurden, eben als Gouverneure.  
Es geht also am Schluss darum,  
die Stadthalter der Besatzungsmacht  
in einem schein-demokratischen Prozess zu legitimieren.  
Russland hat ja vor den Wahlen bereits  
in den besetzten Gebieten fleißig russische Pässe ausgestellt.  
Wie viele Menschen haben inzwischen  
die russische Staatsbürgerschaft in diesen Gebieten?

Der russische Premierminister sagt,  
Russland habe in den betroffenen Gebieten  
allein zwischen Oktober 22 und Mai 23  
ungefähr 1,5 Millionen russische Pässe ausgegeben.  
Ob das stimmt, lässt sich nicht überprüfen.  
Was man aber weiß, ist, dass Russland  
die Menschen massiv unter Druck setzt,  
die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen.  
So ist es mindestens teilweise jetzt schon so,  
dass gewisse staatliche Leistungen nur bekommt, wer russig geworden ist.  
Das ist ja eine Behandlung im staatlichen Spital  
oder auch Sozialleistungen.  
Zudem hat der Kreml die rechtliche Grundlage geschaffen,  
um in Zukunft all diejenigen zu deportieren,  
die an ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft festhalten.  
Wer also nicht Russe werden will, der wird rausgeworfen.  
Als westlicher Journalist konnten Sie bisher nicht  
in die besetzten Gebiete reisen,  
pflegen aber Kontakte zu Menschen dort.  
Was ist die Situation der Menschen dort und der russische Besatzung?  
Es stimmt, dass ich nicht in die Gebiete kann,  
die derzeit besetzt sind.  
Die sind zwar eine Art Black Box,  
weil es auch sehr gefährlich ist, mit Leuten, die dort wohnen, zu reden.  
Was ich aber sicher sagen kann,  
ist, ich war mehrfach in Gebieten,  
welche von der ukrainischen Armee zurückerobert worden waren.  
Dort haben mir zahlreiche Leute unabhängig voneinander erzählt,  
dass ich ein regelrechtes Terrorregime geherrscht habe.  
So wird von regelmäßigen Hausdurchsuchungen berichtet.  
Wer da im Verdacht steht,  
eine pro-ukrainische Gesinnung zu haben,  
der kann jederzeit festgenommen werden  
und in den Gefängnissen wird gefoltert.  
Da gibt es viele Aussagen von Opfern.  
Es verschwinden auch Leute, die da nie wieder auftauchen.  
Es herrscht ein Klima der Angst,  
dass bei dem Bevölkerungszeit,  
der sich nicht ganz den Russen unterworfen hat.  
Da ist klar, dass jede noch pompös organisierte Wahl zur Fars wird.  
Das waren Einschätzungen und Informationen  
von Auslandredaktor David Nauer.  
Und wir bleiben beim Thema Russland.  
Die russische Privatarmee Wagner rekrutierte schon zu Beginn

des Angriffskriegs gegen die Ukraine  
Häftlinge aus russischen Gefängnissen.  
Die reguläre russische Armee.  
Den Häftlingen wird versprochen, nach ein paar Monaten Dienst  
würden sie begnadigt und in die Freiheit entlassen.  
Nun häufen sich die Berichte,  
dass tatsächlich Verurteilte einige wegen schwerer Verbrechen  
von der Front in die russische Gesellschaft zurückgekehrt sind  
und dann teilweise wieder straffällig werden.  
Wie kommt das in Russland an  
und was hat es mit dem Aufstand der Wagnergruppe im Juni zu tun?  
Das Versprechen der Rekrutierer,  
die Häftlinge würden nach dem Dienst begnadigt,  
hielten Beobachterinnen und Beobachter länger für eine Lüge.  
Auch Sergei Saveliev von der russischen NGO Gulago  
nährt, die sich für die Rechte von Gefängnissen saßen einsetzt.  
Der Präsident muss eine Begnadigung gutheißen  
und tut dies sonst nur äußerst selten.  
Aber offenbar sind in den letzten Monaten  
tausende Leute so entlassen worden.  
Savelievs Organisationen liegen Entlassungspapiere  
von mehreren rekrutierten Häftlingen vor,  
auf denen vermerkt ist,  
dass sie per Entscheid des Präsidenten freikommen.  
Es sei sehr unwahrscheinlich,  
dass Vladimir Putin höchstpersönlich die Begnadigungen unterschrieben habe,  
sagt Saveliev, doch der ganze Prozess sei undurchsichtig.  
Offiziell ist nicht bekannt,  
wie viele rekrutierte Häftlinge begnadigt worden sind.  
Doch Saveliev und auch Olga Romanova,  
die Gründerin der NGO Russland Hintergittern,  
gehen von rund 20.000 Fällen aus.  
Saveliev und Romanova leben heute im Exil.  
Es sind mehr als eineinhalb von ihnen,  
die Leute, die nach schwerer Haltung sind.  
Mehr als die Hälfte seien an der Front schwer verletzt worden,  
sagt Romanova.  
Bei vielen handelt es sich um Drogensüchtige,  
dass diese nun wieder frei seien,  
zeige sich unter anderem in der Statistik der Überdosen,  
die in den letzten Monaten zugenommen hätten.  
Nach der Begnadigung kümmerte sich niemand um die ehemaligen Kämpfer,  
sagt Sirgej Saveliev.  
Aber dies passe zum russischen Strafvollzug,

indem die Vorbereitung auf ein Leben nach der Haft auch vor dem Krieg keine Rolle gespielt habe.  
Diese Leute haben ihre Strafe nicht abgesessen, sagt Saveliev.  
In der Ukraine haben sie oft Kriegsverbrechen verübt und sie kehren häufig traumatisiert von der Front zurück.  
Eine Resozialisierung ist ausgeschlossen.  
Diese Leute haben kein Verständnis mehr von Gut und Böse.  
Bei einem Teil der zurückgekehrten Männer handelt es sich um verurteilte Gewaltverbrecher.  
Und einige sind bereits jetzt rückfällig geworden.  
Das unabhängige Medium Wiorstka hat zwölf Fälle dokumentiert, in denen ehemalige Häftlinge nach dem Dienst in der Gruppe Wagner einen oder mehrere Morde begangen haben.  
In Karelien an der Grenze zu Finnland hat ein wegen Raubes verurteilter Ex-Häftling, der in der Ukraine gekämpft hatte, bei einem betrunkenen Armoklauf sechs Menschen getötet.  
In der Region Kirov erstach ein verurteilter Mörder, der ebenfalls bei Wagner gekämpft hatte, eine 85-jährige Frau.  
Frauenorganisationen und Angehörige von Mordopfern in Russland haben über die Begräbnisse große Besorgnis geäußert.  
Doch ansonsten schweigt die russische Bevölkerung weitgehend dazu.  
Das Regime duldet keine unangenehmen Fragen zu den Folgen des Angriffs auf die Ukraine.  
Dazu gehört auch Kritik an der Freilassung von Schwerverbrechern.  
Die Leute sehen, wie viele Menschen wegen Diskreditierung der Streitkräfte angeklagt werden, sagt Olga Romanova von Russland hinter Gittern und erinnert daran, dass das Gesetz dabei explizit auch Privatarmee ermittelte.  
Die Staatsmedien berichten nur gelegentlich über die Wiederholungstaten und präsentieren sie als Einzelfälle.  
Warum also hat man diese Kämpfer laufen lassen, die den russischen Behörden nun die erwartbaren Probleme bereiten?  
Für Sergei Savilev von der Organisation Gulagunyet wollen die Behörden Anreize schaffen, um die bis heute weiter laufende Rekrutierung in den Gefängnissen anzukurbeln.  
Doch für Olga Romanova lassen sich die beinahe massenhaften Begnadigungen auch mit dem Wagner-Aufstand im Juni erklären.  
Es war nicht vorgesehen, alle diese Leute freizulassen, sagt sie. Die Idee war, sie weiterkämpfen zu lassen,

bis die allermeisten gefallen sind.  
Aber nach dem Aufstand war klar,  
dass Wagner nicht in der Ukraine bleibt.  
Der Kreml musste das Problem dieser Tausenden von Wagner-treuen Kämpfern lösen  
und Wagner gleichzeitig schwächen.  
Also hat man sie alle auf einmal begnätigt.  
Auch wenn der Kreml glaubt, mit den Begnätigungen ein Problem gelöst zu haben,  
hat er damit ein neues geschaffen.  
Doch er kann es ignorieren,  
solange nur einfache Russinnen und Russen die Leidtragenden sind.  
Seit Dienstag ist klar, die Strompreise in der Schweiz steigen für Privatkunden  
im nächsten Jahr deutlich an.  
Dabei gibt es jedoch riesige Unterschiede zwischen den Regionen.  
Nun einfach den Anbieter wechseln, wie beispielsweise bei der Krankenkasse.  
Das können Herr und Frau Schweizer jedoch nicht.  
Denn der Strommarkt für Privathaushalte ist hier.  
Die Strompreise in der Schweiz steigen für Privatkunden  
und Frau Schweizer jedoch nicht.  
Denn der Strommarkt für Privathaushalte ist hierzulande nicht liberalisiert.  
In einem vollständig liberalisierten Strommarkt,  
wie in die EU bereits kennt und wie in die Schweiz schaffen müsste,  
um mit der EU ein Stromabkommen abschließen zu können,  
in einem solchen liberalisierten Schweizer Strommarkt  
wären die Preise tendenziell tiefer und vor allem die Unterschiede  
zwischen den Regionen geringer betonen Ökonominnen und Ökonomen.  
Die Argumente gegen eine Strommarktliberalisierung sind vor allem politischer Natur.  
Klaus Ammann.  
Auch der Präsident der Elektrizitätskommission Elkom Werner Lugimbühl  
versteht den Ärger gewisser Stromkunden darüber,  
dass sie ihren Versorger nicht wechseln können,  
wenn dieser deutlich teurer ist als derjenige im Nachbarsdorf.  
Darum müsste man sich eben ernsthaft mit einer Marktliberalisierung  
zu weiter Schritt befassen.  
Einer vollständigen Liberalisierung des Strommarktes also.  
Bis jetzt ist der Schweizer Markt nur halb liberalisiert.  
Große Stromverbraucher können seit 2009 ihren Anbieter frei wählen.  
Kleinere, insbesondere private Haushalte,  
sind gebunden an ihren lokalen Energieversorger.  
Für den Ökonomenstefan Vaterlaus des Beratungsunternehmens Polynomix  
hat diese halbe Liberalisierung große Nachteile.  
So leiden Haushalte und kleinere und mittlere Unternehmen  
unter vergleichsweise hohen Preisen,  
weil die Stromversorger ihre Kosten einfach auf die Kunden abwälzen können.  
Und auf der anderen Seite verhindert das nicht wechseln können

der Haushaltskunde auch, dass die Energieversorgungsunternehmen auch weniger Druck spüren, günstigere Preise, bessere Einkäufe zu tätigen.

Heute kostet der Strom in der einen Ecke der Schweiz bis zu fünfmal mehr als in einer anderen.

Die Preisunterschiede zwischen den Anbietern würden mit der Liberalisierung schrumpfen, ist Stefan Vaterlaus überzeugt. Noch gibt es in der Schweiz rund 600 zum Teil sehr kleine Energieversorger.

Der Einkauf von Strom auf dem internationalen Markt, aber auch der Ausbau ihrer Produktionskapazitäten, überfordert heute nicht wenige dieser Energieversorger.

Der Ökonom, der selbst in der Schweiz und Deutschland Energieversorger berät, glaubt, dass seine Liberalisierung hier Verbesserungen brächte.

Es wird sich einen Druck geben, die gesamten Einkaufsprozesse zu verbessern, effizienter zu gestalten.

Da gibt es sicher die größten Vorteilen Skaleneffekte, die man realisieren kann.

Und sobald solche Skaleneffekte vorliegen, dann besteht natürlich auch ein Druck, für kleinere Unternehmen zu wachsen, respektive zu fusionieren.

Das sehe man in den umliegenden Ländern, wo die Zahl der Energieversorger mit der Liberalisierung stark gesunken sei, meint Stefan Vaterlaus.

Apropos andere europäische Länder, ist gerade dort die Strompreise in der Energiekrise teils nach viel stärker gestiegen als in der Schweiz.

Doch, sagt Umweltökonom Vaterlaus, aber das habe z.B. in Deutschland nicht eigentlich mit der Liberalisierung zu tun. Sondern es ist eine Folge der Angebotsverknappung.

Und das ist dann diese Angebotsverknappung auf die Strompreise schnell herausgewirkt hat.

Das hat auch mitunter damit zu tun, dass natürlich die Erzeugungsstruktur, in Deutschland beispielsweise mit sehr vielen Gaskraftwerken, eine ganz andere ist.

Und dieser hohe Gaspreis aufgrund des Ukraines kriege sich sehr schnell auf den Strompreis durchgeschlagen hat.

Was ökonomisch sinnvoll erscheint, ist politisch seit Jahren höchst umstritten.

Erst im Frühjahr hat das Parlament einen Versuch des Bundesrats den Strommarkt vollständig zu liberalisieren, vom Tisch gefegt.

Uneingeschränkt für die Liberalisierung spricht sich einzig die FDP aus.

Auch die SVP sei grundsätzlich dafür,  
erklärt Energiepolitiker und Nationalrat Christian I. Mark.  
Aber...  
Wir sollten den Strommarkt sicher nicht so liberalisieren,  
wie es die Deutschen gemacht haben.  
Das wäre meines Erachtens nicht mehrheitsfähig.  
Und es würde auch keine Vorteile bringen bezüglich den Preisen.  
Er will eine Art Gebietsausschreibung prüfen,  
das also Energieversorger für Gebiete Konzessionen  
ersteigern könnten.  
Auf der anderen politischen Seite sind sowohl die SP,  
die Grünen, gegen eine Liberalisierung,  
so wie sie der Bundesrat bisher geplant hat.  
Kurt Ecker, grüner Nationalrat  
und ebenfalls Mitglied der Energiekommission,  
meint künftig können er sich eine komplette Liberalisierung  
nur vorstellen.  
Unter der Voraussetzung, dass das ein Beitrag ist zur Energiewende  
und das heißt insbesondere,  
dass die erneuerbaren Energien voranzugetrieben werden  
und in der Schweiz 100 % der Neuerbarsten verbraucht werden.  
Politisch mehrheitsfähig wäre derzeit  
also wohl nur eine Liberalisierung mit Einschränkungen.  
Ob diese dann von der EU als genügend eingeschätzt würde  
für den Abschluss seines Stromabkommens,  
wird sich zeigen müssen.  
Klar ist, auch die EU überarbeitet derzeit das Design  
ihres Strommarktes.  
Das war ein Bericht von Wirtschaftsredaktor Klaus Ammann.  
Hier im Echo der Zeit geht es in den nächsten Minuten  
noch um das Weglagen im deutschen Sport.  
Zuerst aber nehmen wir sie mit ins große Moos.  
Fünf große Schweizer Umweltverbände machen sich Sorgen.  
Dem Dreisäenland zwischen Yverdon und Solothurn,  
der Gemüsekammer der Schweiz, geht es schlecht.  
Abgesagte Ecke belastet das Trinkwasser,  
verbaute Gewässer, schwindende Biodiversität,  
eintönige Kulturlandschaft,  
diese befunden, den sie vor ein paar Tagen präsentierten.  
Die Umweltverbände boten jedoch auch Lösungsideen  
in Form einer Vision Dreisäenland zwei Tage.  
Zum Beispiel mehr Feuchtgebiete, mehr Moore,  
weniger Bodenfläche für Futtermittel, mehr Fließgewässer  
und Auen, andere Anbautechniken kurz,

mehr Natur und weniger Landwirtschaft,  
sprich weniger Gemüseanbau als heute.  
Was würde diese aber in der Praxis bedeuten?  
Bern-Korrespondent Matthias Baumer ist mit denen,  
die an dieser Vision mitgearbeitet haben,  
zu zwei Seeländer Gemüse.  
Die Erde ist schwarz, die Zucchetti sind grün,  
der Mais steht aufrecht, fällt, anfällt, anfällt,  
reihet sich hier auf, auf diesem Land baut Thomas Wiesa Gemüse an.  
Wir hatten hier früher Sonnenlandwirtschaft,  
unser Urgraselder oder Urgraselder,  
in Erdorf, Fafa, hier das Ganze zu nutzen für die Landwirtschaft.  
Wir haben hier früher Sonnenlandwirtschaft,  
unser Urgraselder oder Urgraselder,  
zu nutzen für die Landwirtschaft.  
Fruchtbares Land, künstlich geschaffen durch die Urragerwässer Korrekturen.  
Hier wollen Umweltverbände wieder mehr Natur  
und weniger intensive Landwirtschaft.  
Mehr Auen, freie, mehrenden der Bäche,  
feucht Gebiete, wo schon zum Pflanz war,  
sagt David Bittner vom Schweizerischen Fischereiverband.  
Dass wir doch ein bisschen mehr Blau  
auch wieder in diesem Gebiet sehen.  
Weil es der Natur und den Gemüsebauenden  
für eine bessere, ertragreichere Landwirtschaft.  
Weil wir diesen Gewässer wirklich sehr viel Platz weggenommen haben  
und den kleinen Gewässer ein wenig mehr in diesem Sinne  
Raum wieder zurückzugeben,  
dass wir das Wasser noch wieder zurückhalten können.  
Das hat ganz viele verschiedene Vorteile.  
Ackerland verlust als Vorteil für die Bauern.  
Ja, dann, wenn sie auf kleinerer Fläche weniger Futter für Tiere  
dafür mehr Nahrung für Menschen anbauen.  
Viktor Hemmerli ebenfalls Gemüsebauern sagt ...  
Wir müssen natürlich nicht eine Ballerberg-Landwirtschaft  
hier aufziehen.  
Wir müssen die Konkurrenz-Führung  
zum Teil mit dem Ausland sein.  
Und dann können wir nicht hier um einen Tümpel,  
hier und unten, wie wir wirtschaftlich arbeiten.  
So offenbar nicht.  
Kollege Thomas Wiesershardt mit den schweren Schuhen  
in der weichen Erde.  
Sie, seien jene, die mit dem Boden hier verbunden seien,

Sie würden sich hier mit der Natur auskennen.  
Sie wüssten Bescheid.  
Und jetzt wollen wir einfach mit Unkenntnis sagen.  
Von der Gebiet, die wir hier schaffen, wie wir hier schaffen,  
wollen wir zu Hause sagen, was wir machen müssen.  
Bedrohung von außen gegen sie,  
die doch schon vieles für eine intakte Natur tun würden.  
Hundert Hektar Land hätten sie für Biotope abgetreten.  
So viele, man könne sie gar nicht mehr pflegen.  
Nun, noch mehr.  
Und gleichzeitig sollen die Gemüsebauern im Seeland,  
Salat zu Kette mit Karotten versorgen,  
ein Widerspruch.  
Ein Spruch dagegen erhebt Eva Wies vom WWF Schweiz.  
Wir haben nur eine Ernährungssicherheit in diesem Land,  
wenn wir auch fruchtbare Böden haben,  
wenn wir sauberes Wasser haben,  
wenn wir eine Natur haben, die Platz hat in diesem Raum.  
Thomas Wieser greift in die schwarzen Erde  
und nimmt eine Hand voll von seiner Existenzgrundlage.  
Also vielleicht kann man Frau Wies hier sagen,  
was nicht gut an diesem Boden ist.  
Die Gemüsebauern würden Sorge dazu tragen,  
jetzt und für die Generationen danach.  
Hier berühren beide Seiten die gleiche Frage,  
jene nach der Zukunft des Seelands, der Gemüsekammer der Schweiz.  
Eva Wies vom WWF sagt es im Sinne der Vision so.  
Wo sollte sich das herentwickeln,  
damit wir auch die Region quasi uns nachkommen,  
unseren King und Grossking weitergeben,  
in einer sinnvollen Art und Weise?  
Weitergeben an die Kindeskind der Gemüsebauern  
nur an jene im Sinne der Umweltverbände oder an alle.  
Die Vision, die Eva Wies und David Bittner vertreten,  
will mehr Natur, weiterhin Gemüseanbau,  
wenn auch etwas anders, mehr Artenvielfalt und Schönheit,  
sauberes Wasser, gesunde Böden,  
auf jeden Fall eine Existenz für die Gemüsebauern.  
Sie sehen sich als jene,  
welche diesen den Teppich des Wandels ausrollen,  
darüber gehen wir dann gemeinsam.  
David Bittner sagt,  
jetzt ist genau der nächste Schritt,  
es sei keine einzigen konkrete Massnahmen drin,

so musst du es machen oder so,  
nichts findet man nicht in dieser Vision,  
sondern es geht um ein gesamtheitliches grosses Bild  
und jetzt wollen wir zusammen  
die Lösungen und Massnahmen erarbeiten.

Eine Einladung zur Veränderung.

Es gibt keine offene Typ-Mensch,  
der Gemüseproduzent im Seeland.

sagt Thomas Wieser

und Gemüsebauer Fiktor Hemmerli hat bereits sein Bild  
für das Seeland 2050.

Ich hoffe es sieht noch so aus, wie es ihr bis jetzt aussieht.

Feld, Anfeld.

Matthias Baum.

Deutschland ist nicht nur eine sportbegeisterte Nation,  
sondern zählt sowohl bei den Sommer- wie Wintersportarten  
zu den erfolgreichsten Ländern der Welt.

Entsprechend hoch sind vor den Wettkämpfen jeweils die Erwartungen.

Doch in der letzten Zeit gab es immer wieder Enttäuschungen.

Die Fußballteams der Frauen und Männer schieden

bei den Weltmeisterschaften schon nach den Vorrunden aus.

Oder vor wenigen Tagen bei der Leichtathletik WM in Budapest

gab es keine einzige deutsche Medaille.

Steckt der deutsche Sport in eine Krise?

Sportredaktor Beat Sprecher hat nachgefragt.

Der Sport und seine Leistungen seien gerade ein grosses Thema.

In Deutschland bestätigt Thorsten Burmeister,

der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Olympischen Sportbundes,

DOSB, des Dachverbandes, des deutschen Sports.

Allerdings empfindet er die aktuelle Diskussion als überzogen.

Zu negativ.

Im Sommer sind wir stetig abgerutscht.

Momentan reden alle über Fußball- und Leichtathletik.

Gleichzeitig haben wir eine erfolgreiche Kanu-WM gehabt.

Wir hatten mit Gold gehängte rhythmische Sportgymnastin

und wir hatten erfolgreiche Hockey-Europameisterschaften.

Aber wir haben ein Krisengerät in Deutschland, das ist richtig.

Diskussionen über den deutschen Sport gibt es allerdings schon lange.

Erinnert sich Michael Reins langjähriger Sportjournalist

bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Es begann kurz nach der deutschen Wiedervereinigung 1990

und den ersten gemeinsamen Olympischen Spielen 1992 in Barcelona.

Deutschland war dank der Integration von vielen Sportlerinnen

und Sportlern aus der ehemaligen DDR im Hoch.

Deutschland hat eine Sportgeschichte, auf die es durchaus stolz ist und dabei bezieht es natürlich die Geschichte der DDR mit ein. Dann war die erste vereinte Mannschaft, da hatten wir in Barcelona eine Medaillenschwämme, die wirklich an DDR-Zeiten erinnerte und seitdem geht es bergab und seitdem bejammert und reformiert der Sport sich selber.

Von einer Krise sprechen beide nicht, aber Probleme gibt es. Den deutschen Sport kann man plakativ als Startsport bezeichnen. Praktisch alle Spitzensportlerinnen und Sportler, mit der Ausnahme des Fußballs, bewegen sich in staatlichen stark reglementierten Strukturen.

Zu stark reglementierten Strukturen, sagt Michael Reinsch, als Beispiel nennt er die Regeln für deutsche Bundestrainer. Der Spitzensport hat ein Riesenproblem bei den Trainern.

Es gibt eine Vorschrift, die es verbietet, Bundestrainer langfristig zu beschäftigen.

Es gibt ein Limit, was die Bezahlung angeht.

Das bedeutet, dass Top-Trainer aus dem Ausland nicht verpflichtet werden dürfen, weil die natürlich ganz anders verdienen.

Wer sich das rechtzeitig vorher anguckt, der wird gar nicht Trainer.

Dieses Problem hat auch der DOSB erkannt und fordert, deshalb von der Politik einfache Regeln und mehr Mittel.

Letzteres nicht nur für die Trainer, auch für die Infrastruktur im Sport.

Die ist für den DOSB-Vorstandsvorsitzenden Thorsten Burmeister deutlich in die Jahre gekommen.

Wir haben über 250.000 Sportstätten in Deutschland und der Finanzierungsbedarf zur Sanierung ist vor einigen Jahren schon etwas länger mit weit über 30 Milliarden Euro errechnet worden.

Das ist jetzt wahrscheinlich nochmal deutlich gestiegen, aber er verdeutlicht, dass wir ein Problem nicht nur im Leistungssport haben, sondern dass wir auch ein Problem in der Breite haben, nämlich in den Sportstätten vor Ort, in den Kommunen, in den Turnhallen.

Das sind alles Folgen einer jahrelangen Sparpolitik.

Eine Sparpolitik, die FDP-Finanzminister Christian Lindner aber fortsetzen will.

Dagegen werde man sich entschieden, zur Wehr setzen, betont Thorsten Burmeister.

Denn der Anspruch an den Sport bleibt hoch und diesem Anspruch gerecht zu werden, da braucht es Geld.

Wir sind aber immer noch eine Sportnation und wir haben immer noch den Anspruch, einen Spitzenstandort für den Sport zu sein

und wollen natürlich uns am Ende, auch in der internationalen Spitze, wiederfinden.

## [Transcript] Echo der Zeit / «Horizon Europe»: Grossbritannien wieder dabei

Das muss und soll der Anspruch Deutschlands sein.

Für einen Aufschwung im deutschen Sport soll aber nicht nur mehr Geld sorgen, sondern aktuell wird auch an einer Kandidatur für olympische Spiele gearbeitet.

Großveranstaltungen im eigenen Land sorgen immer für eine gewisse Begeisterung in der Bevölkerung.

Konkrete Pläne sollen dann nächstes Jahr vorgestellt werden.

Beatspreche.

Er liefert heute quasi den Schlusspfeiff der Sendung.

Das war das Ich höre Zeit am Donnerstag,

dem 7. September, mit Redaktionsschluss um 18.41 Uhr.

Verantwortlich für die Sendung ist Markus Hofmann

für die Nachrichten Mario Sturni.

Mein Name Matthias Kündig.